

Gemeinsames Statement der Jüdischen Gemeinde Kassel und des Sara Nussbaum Zentrums für Jüdisches Leben zur aktuellen Diskussion um Antisemitismusvorwürfe gegen die documenta fifteen

Kassel, 20.01.22

In diesem Monat sind Vorwürfe gegenüber der documenta fifteen veröffentlicht worden, zu den eingeladenen Künstler*innen würden Menschen mit offen erkennbarer Unterstützung für den kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott Israels (BDS) und/oder antisemitischen Haltungen zählen.

Bisher standen wir als Jüdische Gemeinde Kassel und Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben außerhalb der Diskussion um die konkreten Vorgänge, zu deren Einschätzung wir uns nun aufgefordert sehen. Weder der Stadt Kassel noch der Institution documenta soll Schaden zugefügt werden, der sich letztlich negativ auf alle auswirkt. Wir halten es für falsch, die documenta in ihrer Gesamtheit als antisemitisch zu bezeichnen.

Würde die documenta als Plattform für die BDS-Kampagne benutzt werden, sähen wir dies als höchst problematisch. Das Ziel der kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Boykottaufrufe gegen Israel impliziert die Delegitimierung und Isolation israelischer und jüdischer Perspektiven in künstlerischen Diskursen. Werden Künstler*innen oder Institutionen eingeladen, die den Positionen der BDS-Bewegung – von Wissenschaftler*innen und dem Deutschen Bundestag per Beschluss als antisemitisch eingestuft – nahestehen, so werden diese ein Teil des Diskurses innerhalb der documenta.

Unseres Wissens nehmen an der documenta fifteen de facto keine israelischen oder jüdischen Künstler*innen teil, unabhängig von ihren Positionen. Es wäre aber eine Chance gewesen, Diskussionen zu führen, in denen unterschiedliche Stimmen beteiligt wären.

Deswegen freuen wir uns, dass die documenta angekündigt hat, einen Raum für eine offene und vielstimmige Debatte zu schaffen. Wir werden dieses Vorhaben aufmerksam begleiten.

Die Kunst muss frei sein und kann selbstverständlich politisiert werden. Nicht aber sollte sie Grundwerte infrage stellen. Auch ist das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar. Durch einseitige Einladung von BDS-Positionen in größere gesellschaftliche Diskurse bestünde das Risiko, offene oder latente antisemitische Einstellungen zu normalisieren. Mit den Konsequenzen dieser Entwicklung sind jüdische Gemeinden in ganz Deutschland alltäglich konfrontiert.

In der heutigen Situation, wo die Grenzen des Erlaubten stark aufgeweicht werden, wie z. B. das Entfremden des Gelben Sterns auf Demonstrationen, wäre eine einseitige Diskussion aus unserer Sicht sehr gefährlich.

„We need to talk...“ ... indeed.